

Ressort: Politik

Leutheuser-Schnarrenberger will Extremismusbeauftragten

Berlin, 10.05.2013, 01:00 Uhr

GDN - Als unzureichend, unübersichtlich und verworren hat Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) die staatlichen Projekte und Programme gegen den Rechtsextremismus kritisiert. "Die Bürgerinnen und Bürger, die vor Ort extremistischen Umtrieben Einhalt gebieten wollen und können", würden "frustriert statt ermutigt", sagte sie der "Süddeutschen Zeitung" (Freitagsausgabe).

Die grundsätzlich begrüßenswerte Vielfalt der Programme habe, so heißt es nach Informationen der Zeitung dazu in ministeriumsinternen Papieren, "mittlerweile eine so hohe Komplexität erreicht, dass sie intransparent und gelegentlich sogar inkonsistent wirkt". Eine Umfrage unter den Bundesministerien habe "bedauerlicherweise" ergeben, dass "nicht einmal ein zentraler Überblick über die genaue Zahl der einschlägigen Programme und Projekte" bestehe. Leutheuser-Schnarrenberger fordert deshalb, das Amt eines "Extremismusbeauftragten" zu schaffen, das alle staatlichen Initiativen bündeln und organisieren soll.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-13408/leutheuser-schnarrenberger-will-extremismusbeauftragten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com